Stadt Leipzig

RV

Antrag Nr. IV/A 250 vom 12.03.08

☐ Neufassung vom

zur Aufnahme in die Tagesordnung der Ratsversammlung am 19. März 2008

Die Aufnahme des Antrages wird

☐ bestätigt
☐ nicht bestätigt
☐ zurückgezogen

Verweisungsvorschlag

Fachausschuss
Stadtentwicklung und Bau
Kultur

Ortschaftsrat

Stadtbezirksbeirat

Ltr. d. BIR | stellv. | SD | SD | Frak-tion | Stadt-bez.-beirate | Ort-schafts-räte
Sekr. | Haushalt
Dez. I | Petitionen
Dez. II | 13. MRZ. 2008 | Wahlprüfungsausschuss
Dez. III | Anfragen/SD
Dez. IV | Dez. V | Dez. VI | Dez. VII | DV | Anträge

Stadtrat Karl-Heinz Obser, DSU

Unterschrift

Entschließung der Ratsversammlung zum 40. Jahrestag der Sprengung von Universitätskirche St. Pauli und Augusteum

Beschlussvorschlag

1. Die Ratsversammlung bringt öffentlich ihr Bedauern über den im Jahre 1968 stattgefundenen Akt der Zerstörung der durch Kriegseinwirkungen unversehrt gebliebenen Universitätskirche St. Pauli sowie des teilweise erhalten gebliebenen Augusteums zum Ausdruck. Sie distanziert sich entschieden von den Beschluss (Drucksache Nr. 69, Beschluss Nr. 121) der damaligen Stadtverordnetenversammlung, der am 23. Mai 1968 von allen Fraktionen bei nur einer Stimmenthaltung gefasst worden war und der den Abbruch der historischen Bauten zur Folge hatte.

2. Die Ratsversammlung verpflichtet sich nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten, Bestrebungen zu unterstützen, die der Restaurierung und dem Erhalt der geborgenen Gegenstände sowie der Suche nach bisher verschollenen Objekten von historischer Bedeutung aus den genannten Gebäuden dienen.

Begründung:

Aus Anlass des bevorstehenden 40. Jahrestages der Sprengung der Leipziger Universitätskirche am 30. Mai 1968 und der sich kurz darauf anschließenden Beseitigung des ehrwürdigen Universitätsgebäudes, haben die gewählten Vertreter der Stadt Leipzig nunmehr die historische Gelegenheit, öffentlich Stellung zu diesem Akt der Kulturbarbarei zu beziehen. Im zurückliegenden Zeitraum seit dem Ende der DDR-Diktatur kam es für die interessierte Öffentlichkeit, die weit über die Grenzen der Stadt Leipzig hinausgeht, wiederholt diesbezüglich zu Irritationen und Fehlinformationen. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag soll klargestellt werden, dass auch eine teilweise Solidarisierung mit dem unverantwortlichen Verhalten der damaligen Stadtverordneten nicht möglich ist, die nicht nur einem auferlegten Zwang folgten, sondern teilweise selbst an der Verfolgung von Bürgern mitwirkten, die ihre Kritik an der Zerstörung dieser historischen Bauten zum Ausdruck brachten.

Stadt Leipzig
01.5/004/07.04

Stadt Leipzig

DB

Verwaltungsstandpunkt

zu Antrag Nr. IV/A 250 vom 12.03.2008 eingereicht von Stadtrat Karl-Heinz Obser, DSU

Dienstberatung des Oberbürgermeisters

Datum: 20.05.08 TOP: 5.1 vertagt auf:

Entschließung der Ratsversammlung zum 40. Jahrestag der Sprengung von Universitätskirche St. Pauli

- [ ] Zustimmung
- [ ] Zustimmung mit Ergänzung
- [x] Alternativvorschlag
- [ ] Ablehnung
- [ ] Ablehnung, da bereits Verwaltungshandeln
- [ ] Sachstandsbericht

Eingereicht von

Beigeordneter für Kultur, Dr. Georg Girardet

Datum/Unterschrift

Mitwirkende Dezernate

Datum/Unterschrift(en)

Ergebnis der Dienstberatung vom

- [ ] bestätigt
- [ ] mit Änderungen bestätigt
- [ ] nicht bestätigt

1. Die Stadt Leipzig bedauert zutiefst die Sprengung der Universitätskirche am 30. Mai 1968. Die Ratsversammlung distanziert sich angesichts des 40. Jahrestages der Sprengung entschieden von dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 23. Mai 1968 zur „Perspektivkonzeption der Stadt Leipzig bis 1970", soweit er den Abriss der Universitätskirche St. Pauli zum Inhalt und zur Folge hatte.

2. Die Stadt Leipzig wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten Bestrebungen unterstützen, die der Restaurierung, der Sicherung und dem Erhalt der kunsthistorisch bedeutsamen Objekte dienen, die vor der Sprengung der Universitätskirche geborgen werden konnten und wird gleichfalls bei der Suche nach bisher verschollenen Stücken von historischer Bedeutung behilflich sein.

Stadt Leipzig
01.5/009/07.04

Begründung:

Die Universitätskirche St. Pauli überstand den Zweiten Weltkrieg nahezu unversehrt. Nach Ende des Krieges war zunächst der Erhalt der Universitätskirche Konsens. Noch 1958 fordert Walter Ulbricht, damals 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, den systematischen Wiederaufbau der teilzerstörten Innenstadt. Bereits 1959 wurde aber auf einer Sitzung des Politbüros der SED festgelegt, dass die Kirche „zurückzunehmen ist" – der Kirchenbau passte nicht mehr zum Konzept eines sozialistischen Platzensembles. Zunächst gab es noch Pläne, die Universitätskirche zu versetzen, diese erwiesen sich jedoch als technisch zu kompliziert und zu teuer.

Seit 1960 verfestigen sich die Pläne für den Abriss. Im Herbst 1960 werden die Pläne für die Neubebauung des Karl-Marx-Platzes im Rahmen einer Bauausstellung im Neuen Rathaus vorgestellt – ein existierender Entwurf, der den Erhalt der Universitätskirche vorsah, wurde nicht gezeigt. Im Rahmen dieser Ausstellung beziehen viele Besucher gegen den Abriss Stellung. In der Folge war die Öffentlichkeit daher weitgehend von der Diskussion um die Neugestaltung des Platzes ausgeschlossen.

In Plänen zum weiteren Aufbau des Stadtzentrums, die der Stadtverordnetenversammlung 1963 vorgelegt werden, ist die Universitätskirche nicht mehr enthalten. Insbesondere aus kirchlichen Kreisen, aber auch von Denkmalpflegern und Kunstwissenschaftlern, gibt es immer wieder Protest gegen die Abrisspläne.

Auch die Universitätsleitung setzt sich nicht für den Erhalt der Kirche, in deren Rechtsträgerschaft sie sich befindet, ein. Widerstand gibt es aus der Theologischen Fakultät, von Studenten und von einzelnen Universitätsangehörigen.

Am 7. Mai 1968 beschloss das Politbüros des Zentralkomitees der SED auf Vorschlag des Rates der Stadt Leipzig die städtebaulich-architektonische Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes, bei der die Universitätskirche nicht mehr vorgesehen war. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 23. Mai 1968 zur „Perspektivkonzeption der Stadt Leipzig bis 1970" sollte nur noch einer längst gefallenen Entscheidung einen demokratischen Anstrich geben. Obwohl die Universitätskirche in den Beschlüssen nirgendwo namentlich genannt wird, dürfte allen Beteiligten klar gewesen sein, dass die Sprengung der Kirche wesentlicher Inhalt war. Der Beschluss ist mit einer Gegenstimme gefasst worden, die allerdings - wie neuere wissenschaftliche Untersuchungen ergeben haben – in Abstimmung und mit Zustimmung des Ministeriums für Staatssicherheit abgegeben wurde.

Nach dem Beschluss der Stadtverordneten kommt es zu öffentlichen Protesten der Bevölkerung. Meist waren ein- bis zweihundert Menschen in überwiegend stummem Protest auf dem Karl-Marx-Platz versammelt, am Abend des 27. Mai wächst die Menschenmenge auf drei- bis vierhundert an.

Am 30. Mai 1968 wurde die Kirche um 10 Uhr morgens gesprengt. An diesem Tag waren mehrere tausend Leipziger in der Innenstadt. Hinter den Absperrungen drängten sich die Menschen.

Das teilzerstörte Augusteum wurde wenig später abgerissen, um die Neubaupläne zu verwirklichen. Aus heutiger Sicht wäre auch ein Erhalt des Augusteums wünschenswert gewesen. Der Abriss dieses Gebäudes kann in seiner politisch-ideologischen Dimension aber nicht dem Abriss der Universitätskirche gleichgestellt werden. Der Respekt vor historischer Architektur war in damaliger Zeit in Ost und West wenig ausgeprägt.

Obwohl es im Vorfeld der Entscheidung zur Sprengung der Universitätskirche Protestaktionen gegeben hatte, war man von einer Kraft zur Veränderung, wie sie die Leipziger Bevölkerung 1989 aufbrachte und die zur Friedlichen Revolution führte, weit entfernt. Durch die Friedliche Revolution wurde der Abriss der Universitätskirche, der ein tiefer Einschnitt in das städtische

Leben und die Historie der Stadt war, erneut zum Mittelpunkt zahlreicher Diskussionen und zu einem Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte.

Stadtrat
Karl-Heinz Obser
DSU

PRESSEERKLÄRUNG

Eklat im Leipziger Stadtrat am 18. Juni: Ratsversammlung verweigerte mit großer Mehrheit Oberbürgermeister Burkhard Jung die Zustimmung für dessen Entschließung zum 40. Jahrestag der Sprengung der Universitätskirche St.Pauli !
„Heldenstadt" Leipzig damit weiter auf Demontagekurs: Grüne, SPD, FDP und die Nachfolgepartei der SED sahen keinen Grund für ein angemessenes öffentliches Bedauern des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung am 23. Mai 1968, der den barbarischen Akt der Sprengung der Paulinerkirche am 30. Mai 1968 zur Folge hatte!
Nicht nur für die Leipziger DSU steht in diesem Zusammenhang fest, dass die Quelle des politischen Ungeistes von 1968 im Leipziger Neuen Rathaus auch im Jahre 2008 in merkwürdiger Weise weiter sprudelt!
Zum Abstimmungsergebnis des Verwaltungsstandpunktes zu einer Resolution des Bedauerns über die Sprengung der Uni-Kirche am 30. Mai 1968 durch den Leipziger Stadtrat, die mit einer Willensbekundung für städtische Unterstützung zu Erhalt und Suche nach verschollenen Kunstschätzen dieser Kirche verbunden war und in beiden Punkten von einer beschämend großen Mehrheit in der Ratsversammlung abgelehnt wurde, erklärt die Leipziger DSU durch ihren Stadtrat Nachfolgendes:

1. Die Verweigerung dieser Resolution durch eine politisch eigentümliche Konstellation in der Leipziger Ratsversammlung am 18. Mai diesen Jahres, die auf Grundlage eines Antrages der DSU im Stadtrat in der modifizierten Fassung des Verwaltungsstandpunktes auf der Tagesordnung zur Abstimmung stand, ist aus Sicht der DSU ein unerhörter Skandal für das Ansehen der Stadt Leipzig! Darüber hinaus stellt diese Stadtratsentscheidung eine beispiellose Brüskierung desjenigen Teils der Leipziger Bürgerschaft dar, der mit dem Schicksal der von den Kommunisten 1968 gesprengten Universitätskirche leidenschaftlich verbunden ist.

2. Damit wurde die einmalige Chance einer klaren Positionierung anlässlich der 40. Wiederkehr des Jahrestages der Sprengung auf der Grundlage der vom Oberbürgermeister bereits zur Ratsversammlung am 21. Mai vorgetragenen Resolutionsfassung politisch in engstirniger Weise im Leipziger Stadtrat vertan. Bisher wartete die Leipziger Öffentlichkeit nämlich durchaus vergebens auch auf ein wie immer geartetes politisches Signal von Seiten der Partei der Sprengmeister – der mehrfach gewendeten SED-Nachfolgepartei Die Linke! Stattdessen benutzte vor allem die Fraktion der Grünen die Debatte in sachlich völlig unzulässiger Weise zu beleidigenden politischen Ausfällen gegen die Person von DSU-Stadtrat Obser – von der politischen Kultur her wohl einmalig in der jüngeren Stadtratsgeschichte! Die Leipziger DSU verwahrt sich mit aller Entschiedenheit gegen derartige Angriffe und stellt zum Spektrum unterschiedlicher politischer Auffassungen – auch im Leipziger Stadtrat – fest, dass seit der friedlichen Revolution 1989 / 90 weder eine sozialistische noch eine grüne Demokratie bestehen, sondern eine bürgerliche – und dies mit allem Nachdruck!

Leipzig, 26. Juni 2008

Karl-Heinz Obser

CDU – FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE:
Martin-Luther-Ring 4-6 – 04109 Leipzig
Tel. 0341 – 123 21 20 – Fax 0341 – 123 21 25
eMail: info@cdu-fraktion-leipzig.de

PRIVATANSCHRIFT:
Selliner Straße 12 – 04207 Leipzig
Tel./Fax 0341 - 942 10 43
eMail: khobser@primacom.net